Pressemitteilung

Hilden, 25. August 2020

Dieter Donner

Pressekoordinator der **Stopp Bayer-CO-Pipeline** Initiativen Monheim, Hilden, Langenfeld, Erkrath, Ratingen, Solingen, Düsseldorf

Humboldtstraße 64 40723 Hilden Telefon (02103) 65030 dietersdonner@arcor.de

Mehr als 110.000 Menschen und 10 Städte mit 1,5 Millionen Einwohnern fordern: Keine Risiko-Leitung durch Wohngebiete



CO-Pipeline als "normale Leitung" vor Gericht – Lokal- und Landespolitik gefragt

Sollte das Oberverwaltungsgericht in Münster nun wirklich meinen, dass die CO-Giftgas-Pipeline "nur eine normale Leitung" ist? Dann wird es künftig an der Politik sein, die Vorschriften so zu ändern, dass eine so gefährliche Pipeline nicht als normale Leitung zu beurteilen ist.

Das Rohrleitungsgesetz ist schon seit längerem zu evaluieren. Dort wird zwar das Gemeinwohl gefordert, aber wie es denn tatsächlich erreicht werden soll, klang bislang in der mündlichen Verhandlung noch nicht an. Die Aussage des Covestro-Pressesprechers zu Prozessbeobachtern: "Wir brauchen die Leitung" lässt auf jeden Fall nicht erkennen, dass es um mehr geht als den Konzerngewinn.

Die Bezirksregierung und Covestro würden die Gefahren am liebsten komplett ausblenden, wie es der Covestro-Anwalt mit markigen Worten formulierte:, Die Sicherheit wird durch die Anlage gewährleistet. Das ist keine Gefahr, das ist ein Risiko, das wir für jenseits der praktischen Vernunft halten. Es geht nicht um Gefahrenabwehr, sondern um eine Risikoeinschätzung." Soll diese Haltung das weitere Verfahren bestimmen, kommen Sicherheit und Gefahrenabwehr für die Anwohner gar nicht mehr vor. Seltsam bei möglichen 140 Toten und 790 Schwerverletzen, die laut Bayer-Ausbreitungs-Keule am Beispiel einer betroffenen Siedlung in Hilden zu erwarten sind.

Um jetzt ein Zeichen zu setzen, brauchen wir die Bürgermeister*innen, die sich über ihre Parteien auch in Land und Bund für die Sicherheit der Bürger*innen einsetzen. Dafür halten wir die Präsenz der lokalen Vertreter*innen am Freitag, 28.08.2020 in Münster für eine gute Gelegenheit. Damit zeigen sie gemeinsam mit Klägern, Anwohnern und uns – Stopp-CO-Pipeline-Initiative – den Willen, den Protest auch nach 13 Jahren – wenn nötig – weiter zu führen.